

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,
Andreas Grutzeck, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/8127

**Betr.: Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der
Ukraine an Hamburgs Hochschulen einen sicheren Hafen bieten**

Wissenschaft kann Brücken bauen. Gerade Wissenschaft lebt vom Austausch, ein Austausch, der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bedroht ist. Bedroht sind auch viele Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die, um sich in Sicherheit zu bringen, nach Hamburg geflüchtet sind.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich bereits am 10./11. März 2022 in der Lübecker Erklärung zum Krieg in der Ukraine und seinen Auswirkungen geäußert (vergleiche https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2022/2022_03_11-Beschluss_Ukraine_Wissenschaft-Bildung_endf.pdf). Die CDU-Fraktion will wie die KMK möglichst vielen Personen aus der Ukraine ermöglichen, ihre wissenschaftliche Arbeit beziehungsweise ihr Studium an Hamburger Hochschulen oder Forschungseinrichtungen in Sicherheit fortzusetzen. Um dies zu gewährleisten, fordert die CDU-Fraktion den rot-grünen Senat auf, gemeinsam mit den Hamburger Hochschulen und Universitäten ein umfassendes Unterstützungsangebot zu entwickeln.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. in Absprache mit den Hochschulen und Universitäten Unterstützungsangebote für die ukrainischen Flüchtlinge zu schaffen, die ihr Hochschulstudium in Hamburg fortsetzen wollen. Gleiches gilt für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Ukraine, die ihre Forschungstätigkeit vorübergehend an einer Hamburger Hochschule fortsetzen wollen. Dabei insbesondere:
 - a. den nötigen Wohnraum bereitzustellen,
 - b. die geflüchteten Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei den administrativen Fragen zu unterstützen und hierfür die Beratung, unter anderem bei Behördengängen, in russischer und ukrainischer Sprache durch muttersprachliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszubauen,
 - c. studienvorbereitende Kurse für Studierende anzubieten, die aufgrund des Krieges ihren hochschulqualifizierenden Abschluss unterbrechen mussten, beziehungsweise hierfür die Angebote des Studienkollegs Hamburg sub-stanziell auszubauen,
 - d. das Angebot an Deutschkursen auszubauen und Möglichkeiten zu schaffen, dass Studierende, die sich in der Endphase ihres Studiums in der Ukraine befanden, ihr Studium in Englisch oder digital fortführen können,
 - e. ein zusätzliches Beratungsangebot insbesondere auch mit psychologischer Beratung für die spezielle Situation der Geflüchteten anzubieten;

2. für die unter Ziffer 1. genannten Maßnahmen die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen;
3. sich beim Bund für ein Sofortausstattungsprogramm digitaler Endgeräte für ukrainische Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einzusetzen, hierbei vorab auch die Beschaffungsproblematik zu berücksichtigen;
4. gemeinsam mit den Hochschulen und Universitäten die Studienkapazitäten für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) aufzustocken und hierfür die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen;
5. bei allen geplanten Maßnahmen in enger Abstimmung mit den ukrainischen Verantwortlichen zu suchen, um passgenaue Angebote machen zu können;
6. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2022 zu berichten.